Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" Man abonniert bei allen
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal.
Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrig. Staat. ist d. Bezug nur v. Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Exp. SW. 19. Jerusalemerstr. 46/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauer-damm 1; Gr. Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauer-str. 20; Rykestr. 31; Schulzendorferstr. 27; Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlotten-burg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13b.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witz-blatt „ULK", die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rund-schau", die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger" 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, und den Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32; König-str. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Schulzendorferstr. 27; Gr. Frankfurterstr. 33; Charlottenbg., Kantstr. 34, Schöneberg, Vorbergstr. 8, angen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 72
37. Jahrgang

Sonntag
9. Februar 1908

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 12.

∞ Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

Die Ermordung des Königs Carlos von Portugal und seines ältesten Sohnes hat in der zivilisierten Welt Teilnahme und Entrüstung geweckt. Gerade bei solchen Anlässen tritt es zutage, daß es ein Kulturgewissen gibt, vor dem der Mord in keiner Gestalt bestehen kann, auch dann nicht, wenn er mit einem politischen Mäntelchen umkleidet wird. Wenn einige Doktrinäre sich stellen, als handle es sich bei einem solchen Ereignis um eine notwendige Begleiterscheinung des Kampfes zwischen Fürst und Volk, so ist ihnen wohl selbst bei einer derartigen Betrachtung der Dinge nicht ganz wohl zu mute; in jedem Falle aber reagiert das Empfinden des Volkes auf solche Verbrechen ganz anders.

Eine politische Richtung, die den Meuchelmord in ihr Programm aufgenommen hat, wird immer mit dem Abscheu des Volkes zu rechnen haben. Ja, schon die Ablehnung einer Beileidskundgebung durch das ungarische Parlament, weil König Carlos ein Feind des Parlamentarismus gewesen sei, ist erklügelt. In dieser Unbedingtheit ist es nicht einmal wahr, daß der ermordete König dem Parlamentarismus feindselig gegenüber gestanden habe. Aber selbst wenn er nichts von ihm hätte wissen wollen, so rechtfertigt eine der-artige politische Ueberzeugung noch nicht die Verweigerung einer elementaren Höflichkeit, die nun einmal durch die inter-nationale Sitte vorgeschrieben wird.

Dabei kann allerdings nicht bestritten werden, daß der gemordete König sich im Laufe der Jahre in einen höchst bedauerlichen Gegensatz zum portugiesischen Volke hat hinein-treiben lassen. Er ist insofern nicht von Schuld freizusprechen, als er bei seiner freiheitsfeindlichen Politik sich zum Teil von egoistischen Interessen leiten ließ. Vielleicht hätte er dem Diktator Joao Franco weniger Spielraum ge-lassen, wenn Franco nicht durch seine brutale Politik zugleich für die Abstoßung der Schulden des Königs gesorgt und seiner Zivilliste höhere Zuschüsse gesichert hätte.

Dieser metallische Beigeschmack der antiparlamentarischen Methode, mit der Carlos auf Francos Rat in die Entwickelung Portugals eingriff, bleibt unter allen Umständen fatal, und der junge König Manuel II., der so unerwartet auf den Thron berufen wurde, war von dem neuen Kabinett Ferreira gut beraten, als er freiwillig auf die von seinem Vater durchgesetzte Erhöhung der Zivilliste verzichtete. Aber im ganzen genommen war doch König Carlos mehr schwach als schlecht. Er war in all der Korruption, die sich im politischen Leben des portugiesischen Volkes gezeigt hatte, allmählich zu der Ansicht gekommen, daß nur eine eiserne Hand in dem Lande Ordnung schaffen könne. Nur irrte er sich gründlich in dem starken Mann, den er in Joao Franco gefunden zu haben glaubte. Franco hatte vielleicht Nerven, aber er hatte nicht genug Hirn. Er wußte sich selbst nicht zu zügeln, sondern suchte jeden Wider-stand durch immer neue Gewaltakte zu brechen. So mußte es zur Katastrophe kommen. Die Revolution stand vor der Tür, und sie wäre zweifellos eingetreten, wenn nicht der König als erstes Opfer der republikanischen Empörung gefallen wäre.

Einen Augenblick schien es, als wollte Franco auch jetzt sein Spiel noch nicht verloren geben. Die erste Proklamation des neuen Königs stand noch völlig unter dem Einfluße Francos. Aber der König hat sich schnell eines besseren besonnen, oder er hat sich doch anderen Einflüssen zugänglich gezeigt. Franco wurde gestürzt und mußte einem Konzentrations-ministerium Platz machen. Und nun zeigte sich doch, daß die Energie Francos nur erkünstelt war. Dieser bis dahin scheinbar eiserne Mann brach kläglich zusammen und versteckte sich wie ein Dieb in der Nacht, bis es ihm endlich gelang, auf Schleichwegen aus dem Lande zu flüchten. Hinter ihm her aber schallen die Flüche des Volkes. Königsmörder! Das ist das Kainszeichen, das er mit sich trägt.

Wie der König Manuel, so hat auch das Kabinett Ferreira eine schlimme Erbschaft übernommen. Noch ist die Ruhe im Lande aufrecht erhalten worden, aber es wird viel ehrliche Arbeit im Dienste des Volkes kosten, ehe von ge-sicherten Zuständen gesprochen werden kann. In jedem Falle geht es auf dem Wege der Gewalt nicht weiter. Das scheint auch das neue Ministerium eingesehen zu haben. Aber ob es gelingen wird, der sehr starken republikanischen Bewegung durch eine entschlossene Reformpolitik zu begegnen, das steht noch dahin.

Erfreulicherweise ist wenigstens bisher dem Grundsatz, daß ein Land sich selbst über eine politische Krise hinweg-helfen muß, nicht direkt zuwider gehandelt worden. Die englische Regierung war schon im Begriff, ihr ganzes atlantisches Geschwader auf die Reise nach Lissabon zu schicken. Wenn sie es zunächst bei der Entsendung einiger Kriegs-schiffe bewenden ließ, so ist damit allerdings noch nicht ge-sagt, daß die englische Regierung diese Zurückhaltung auch im weiteren Verlauf der Dinge beobachten wird. Sie scheint sich mehr als billig für den Fortbestand der portugiesischen Dynastie einsetzen zu wollen. Die englischen Liberalen, die sich ja im Besitz der Regierungsgewalt befinden und damit auch die Verantwortung zu tragen haben, sollten sich nicht darüber täuschen, daß sie bei einem solchen Eingriff in die inneren Verhältnisse Portugals ein gefährliches Prä-judiz schaffen, das noch einmal sehr bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnte.

König Alfons von Spanien war klüger, als er sich dafür bedankte, dem letzten Auskunftsmittel Francos nachzugeben und sich zur Stütze der portugiesischen Monarchie in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes zu mischen. Der Kampf um die Macht wird sich in Portugal zunächst wenigstens ohne Eingreifen des Auslandes abspielen. Vor-läufig ist es wahrscheinlich, daß sich die Monarchie behaupten kann; sie wird es um so mehr vermögen, wenn sie grund-sätzlich mit den Francoschen Gewaltmitteln bricht, um dem Willen des Volkes den gebührenden Platz in der Leitung des Staates einzuräumen.

Wenn die Vorgänge in Portugal den Blick für einige Tage von den Ereignissen auf dem Gebiet der inneren Politik ab-lenkten, so machten sich doch bald wieder die Sorgen im eigenen Hause geltend. Die Krise im Reichsschatzamt ist im Laufe der letzten Woche akut geworden. Der Reichs-schatzsekretär Freiherr v. Stengel hat bereits seine Ent-lassung eingereicht und wartet nur noch auf seinen Nach-folger, um sich aus der Reichshauptstadt in seine bayerische Heimat zurückbegeben zu können. Er braucht nicht zu fliehen wie Franco, denn alle Welt gibt ihm gern das Zeugnis eines tüchtigen und gewissenhaften Staatsmannes, der seine volle Kraft darangesetzt hat, in die Reichsfinanzen Ordnung zu bringen.

Nur kann die Anerkennung seines guten guten Willens allerdings nicht das Bedauern darüber verhindern, daß Freiherr v. Stengel die Reform auf einem falschen Wege gesucht hat. Er hat sich allzu sehr von den verbündeten Re-gierungen ins Schlepptau nehmen lassen und hat allzu wenig Rücksicht auf das genommen, was als die eigentliche Aufgabe des Tages in finanzieller Beziehung bezeichnet werden muß. Er verschloß sein Ohr allen Mahnungen, die darauf hin-wiesen, daß die Zeit für neue indirekte Reichssteuern vorüber sei. Seine Weisheit erschöpfte sich in dem Branntwein-monopol und der Banderolensteuer auf Zigarren.

In dieser Beziehung war Freiherr v. Stengel ein allzugelehriger Schüler der einzelstaatlichen Finanzminister. Dabei läßt sich doch nicht verkennen, daß nach Lage der Dinge die verbündeten Regierungen zwar eine wirkliche Reform der Reichsfinanzen hintanhalten können, daß sie aber nicht mehr die Macht haben, dem Reichstage ihren Willen aufzuzwingen. Wenn sie nichts Besseres wissen, als abermals höhere indirekte Steuern vorzuschlagen, dann gerät eben die Reichsfinanzreform überhaupt ins Stocken, was gerade für die Finanzen der Einzelstaaten, die ja für den Ausfall in der Reichskasse aufkommen müssen, sehr peinlich ist. Jedenfalls war nicht daran zu denken, daß der Block auch diese Belastungsprobe überstanden hätte. Das sah auch der Reichskanzler Fürst Bülow selbst ein. So trennte er sich von dem Freiherrn v. Stengel. Damit allein ist freilich noch nichts anderes erreicht als eine Ver-schiebung der finanziellen Schwierigkeiten um ein weiteres Jahr; aber wir leben nun einmal heute von der Hand in den Mund und bekennen uns im Reich zu der Ansicht, daß Zeit gewonnen alles gewonnen sei.

Der Block hat denn auch, der finanziellen Beklemmung ledig, in der letzten Woche wieder zur vollen Zufriedenheit seines Herrn und Meisters funktioniert. Die Beratung des Militäretats gab zwar zu einigen sehr peinlichen Eröterungen Anlaß, und wenn der Vertreter des erkrankten Kriegsministers, Generalleutnant Sixt v. Armin bei dem vom Abgeordneen Schrader vorgebrachten Fall Gädke zornig auf den Tisch schlug, um seinen Worten Nachdruck zu geben, so sind leider Faustschläge keine Argumente, die im Reichstage oder gar im deutschen Volke Eindruck machen könnten. Ebenso ließen die Erörterungen über die Sühne bei Militärmißhand-lungen erkennen, daß noch manches in unserer Armee ver-besserungsbedürftig ist. Aber solche kleinen Differenzen konnten nicht verhindern, daß alles nach Wunsch der Militärverwaltung ging, und daß mit freisinniger Hilfe sogar der vielumstrittene Aggregiertenfonds wieder hergestellt wurde.

Nicht minder konnte die Regierung in der Frage der Ver-längerung der Brüsseler Zuckerkonvention mit dem Block zu einem Kompromiß gelangen. Sie mußte allerdings das bestimmte Versprechen abgeben, daß sie bis zum 1. April näch-sten Jahres die Zuckersteuer ermäßigen will, aber sie er-langte dafür vom Reichsstage das Zugeständnis, daß bis zu diesem Zeitpunkt neue Reichssteuern in einer Mindesthöhe von 35 Millionen eingeführt werden sollen. In Wirklichkeit dürfte die Summe der künftigen Reichssteuern um das fünf-fache höher sein.

Leider macht sich innerhalb des Blocks, und zwar gerade seines freisinnigen Teils mehr und mehr ein Geist der Unduldsamkeit bemerkbar, der uns mit dem Recht der Kritik nicht vereinbar zu sein scheint. Dr. Theodor Barth glaubte vor einem weiteren Abrutschen auf der Bahn nach rechts warnen zu müssen. Dafür hat er um des lieben Friedens Willen sein Ausscheiden aus dem geschäftsführenden Ausschuß des liberalen Wahlvereins erklären müssen. Solche Versuche, unbequeme Kritiker mundtot zu machen, scheinen uns nicht gerade eine Gewähr dafür zu bieten, daß nun die Gefahr des Abrutschens nach rechts beseitigt sei. Die Liberalen im Lande sind jedenfalls nicht damit zufrieden, daß der Block der Regierung zu Erfolgen verhilft. Sie wollen auch liberale Erfolge sehen.

Vom serbischen Kronprinzen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Belgrad,** 8. Februar.

Der **Kronprinz Georg** richtete ein Schreiben an den Minister-präsidenten Paschitsch, in dem er mitteilt, daß er **auf seine Apanage verzichtet.** Auch wenn die Skupschtina dieselbe votieren sollte, werde er sie nicht annehmen. Zugleich bemerkt der Thronfolger, daß die Aeußerungen des ehemaligen Ministers Stojanovitsch richtig waren, der in der Skupschtina erklärte, daß er, der Thronfolger, auf die Apanage nicht reflektiere. Durch dieses Schreiben ist **das Kabinett in Verlegenheit** gekommen, da es sich in der Skupschtina besonders für die Annahme dieser Apanage engagiert hat. In hiesigen politischen Kreisen spricht man schon von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts, dessen Position durch den Zollkonflikt mit Oesterreich-Ungarn ohnehin geschwächt ist; auch die heutigen Abendblätter kündigen den Sturz der Regierung an. In einem offiziösen Communiqué, das im Laufe des heutigen Tages erschienen ist, wird behauptet, daß das Schreiben des Thron-folgers an Paschitsch verfassungswidrig sei. Die Regierung will mit dieser Erklärung zweifelsohne die im Umlaufe befindlichen Gerüchte von ihrer bevorstehenden Demission als unbegründet be-zeichnen.

Philippinenfahrt der amerikanischen Schlachtflotte?

(Kabel-Telegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 8. Februar.

Nachdem die Schlachtflotte unter Admiral Evans die Südspitze des amerikanischen Kontinentes erreicht hat, tauchen mit großer Be-stimmtheit Gerüchte auf, daß das Reiseziel der Flotte im Pacific die Philippinen seien. Eine Bestätigung dieser Gerüchte ist von seiten der Regierung zwar nicht zu erlangen, aber es wird nicht geleugnet, daß in der Bucht von Manila große marine-technische Vorbereitungen im Gange sind. Es ist unwider-sprochen, daß dort gegenwärtig 135,000 Tonnen Kohle aufgestapelt und alle Vorbereitungen, einschließlich der Beschaffung von Leichter-schiffen, getroffen worden sind, um jederzeit die rascheste Be-kohlung von 24 großen Kriegsschiffen durchführen zu können.

Die politische Betätigung der Arbeiterschaft.

Von
Dr. Robert Brunhuber-Köln.

Dadurch, daß die Parteien andauernd das Diplomatenspiel der „Taktik" als ihre wichtigste Pflicht betrachten zu müssen glauben, ist die höher stehende Aufgabe jeder Parteipolitik zu kurz gekommen: die parteipolitische Werbearbeit. Darin dürfen aber die Parteien schon um deswillen keinen Augenblick müßig sein, weil sich fortwährend soziologische Umgestaltungen in der Gesellschaftsgliederung vollziehen, die von maßgebendem Einfluß auf die Zusammensetzung der Wählerschaft sind. Vor allem gehört hierin die Entwickelung der modernen Arbeiterschaft. Gerade den Lohnarbeitern gegenüber haben die liberalen Parteien einen eklatanten Mißerfolg zu verzeichnen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, zum Zentrum und sogar zu den Konservativen (den Christlichsozialen) ist es den Liberalen nicht gelungen, nennenswerte Kreise der Arbeiterschaft ihren Reihen anzugliedern.

Darüber aber müssen sich doch wohl die Führer klar sein, daß es eine Lebensfrage der auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes aufgebauten Parteien ist, ob und in welchem Maße es ihnen gelingt, breite Schichten der lohnarbeitenden Klassen in den politischen Dienst einzustellen. Auf die Dauer wird es bei der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands — deren Wirkungen in alle vom Kapitalismus abhängigen Berufsgruppen dringen — nicht möglich sein, das parteipolitische Gebäude des Liberalismus auf dem qualitativ guten, aber quantitativ zu schmalen Fundament der intellektuellen Klassen zu errichten. Andererseits kann jeder, der praktisch im politischen Leben gearbeitet hat, mit Genugtuung wahrnehmen, daß in der Tat in weiten Arbeiterkreisen eine Sehnsucht besteht, aktiv in das parteipolitische Leben einzugreifen, daß sie aber — falls sie sich nicht der Sozialdemokratie oder dem Ultramontanismus zuwenden wollen — meistens bald unbefriedigt oder gar verbittert von ihrem Plane abstehen. Sie finden nicht die entsprechende parteipolitische Stelle, an